

Leitantrag des DNR-Präsidiums zur Abstimmung auf der DNR-Mitglieder- versammlung 2023

Für eine wahrhaft sozial-ökologische und gerechte Transformation Europas innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen

Wir Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen haben in den letzten Jahren viel erreicht. Die letzten Atomkraftwerke sind in Deutschland abgeschaltet und europaweit hat durch den Green Deal ein Umsteuern in Richtung sozial-ökologische Transformation stattgefunden. Dabei hat sich deutlich gezeigt: Es reicht nicht, den Fokus der Arbeit des DNR und seiner Mitglieder auf Deutschland zu richten. Mehr als 80 Prozent der deutschen Umweltgesetzgebung hat ihren Ursprung in Brüssel. Seit den Gründungstagen der Europäischen Union ist deutlich geworden, dass der beste Weg zur Bewältigung von grenzüberschreitenden Herausforderungen das gemeinsame Handeln der Mitgliedstaaten ist.

Dieses Handeln wirkt auch über die europäischen Grenzen hinweg: Noch hat die Europäische Union die Chance, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie zeigt, wie gut Länder zusammenarbeiten können, um den sozial-ökologischen Wandel voranzubringen. Und dies ist heute dringender denn je. Die Herausforderungen der aktuellen Krisen sind von alarmierender Tragweite. Gerade in Europa erhitzt sich das Klima schneller als in vielen anderen Teilen der Welt und gefährdet unsere Gesundheit und Ernährungssicherheit. Wir sind immer häufiger verheerenderen Naturkatastrophen wie Hitzewellen, Dürren, Stürmen und Überschwemmungen ausgesetzt. Die Klima-, Bio-diversitäts- und Verschmutzungskrisen bedrohen spürbar unsere Ökosysteme und damit die Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine werden die Grundgedanken des europäischen Projekts auf die Probe gestellt: Friedenssicherung, Zusammenhalt und Solidarität in- und außerhalb der EU – mit diesen Themen muss sich nicht nur die Politik, sondern auch die deutsche Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung vermehrt auseinandersetzen. Die Zeitenwende braucht eine breit aufgestellte Zivilgesellschaft im Bereich von Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz sowie Tierschutz und Agrarpolitik als wesentliche Säule unserer Demokratie.

Die multiplen Krisen haben vermehrt und spürbar auch soziale Folgen in und außerhalb Europas: Steigende Lebenshaltungskosten, wachsende soziale Ungleichheiten und verschärfte Fluchtbewegungen, insbesondere aufgrund der spürbaren Auswirkungen der fortschreitenden Klimaerhitzung. Gerade im Globalen Süden leiden Menschen massiv unter der Klimakrise. So überschreitet die Zahl der Umwelt- und Klimavertriebenen die Zahl der vor Krieg Flüchtenden bereits heute um ein Vielfaches. Fluchtursachen bekämpfen heißt somit, die planetaren Belastungsgrenzen nicht weiter zu überschreiten. Ambitionierte und verlässliche Klima- und Umweltpolitik weltweit ist immer auch Friedenspolitik – nicht nur, indem geopolitische Unabhängigkeit gestärkt wird, sondern eben auch als vorausschauende Asyl- und Migrationspolitik.

Wir brauchen jetzt umso dringender ein zukunftsfähiges, resilientes Europa. Die Europäische Union kann aus den multiplen Krisen nur gestärkt hervorgehen, wenn sie sich weiter demokratisiert, gerechter wird und die sozial-ökologische Transformation ernsthaft angeht. Alle Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Green Deals sowie im Bereich der Finanz- und Fiskal-, Sozial- oder Tierschutzgesetzgebung in der Europäischen Union müssen zu einer sozial-ökologischen Transformation in diesem Sinne beitragen. Nur so können auch die Lebensgrundlagen für alle Menschen fair und auskömmlich erhalten werden. Dafür müssen wir in Europa sowohl die globale als auch die soziale Gerechtigkeit viel mehr in den Blick nehmen. Dies ist auch für uns als DNR und seine Mitglieder eine große Aufgabe, bei der wir Geschlechtergerechtigkeit und die Berücksichtigung marginalisierter Gruppen als wesentlichen Bestandteil einer nachhaltigen und resilienten Demokratie und als wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation betrachten.

Ein zukunftsfähiges, friedliches und demokratisches Europa braucht eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft, Sicherheit durch naturverträgliche Erneuerbare Energien, ein Leben und Wirtschaften im Einklang mit unseren Lebensgrundlagen sowie eine gesunde und lebenswerte Umwelt mit intakten Ökosystemen. Mit den internationalen Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris, den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) sowie dem Naturschutzabkommen von Montréal hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf die sozial-ökologische Transformation als zentrale Leitlinie der Politik verständigt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Deutschland und Europa hier konsequent und verlässlich vorgehen und die formulierten Absichten und Ziele rasch verwirklichen. Konkret werden wir uns für folgende zentralen Hebel einsetzen, die sich durch alle umweltpolitischen Felder ziehen:

- **Klima- und Biodiversitätskrisen sind untrennbar miteinander verknüpft** und ihre Bekämpfung muss oberste Priorität der Politik werden. Eine besondere Bedeutung in den kommenden Jahren kommt dabei der Landwirtschaft zu, die bislang maßgeblich zum Artensterben und zur Klimakrise beiträgt. Deutschland und Europa können und müssen diesen Sektor zum Vorreiter der Transformation machen. Dafür brauchen wir ein Agrar- und Ernährungssystem, das Tiere schützt, Pestizide und Düngemittel konsequent reduziert, die Versorgung mit gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln aller Menschen sicherstellt. Unumgänglich ist dabei die Reduktion von Konsum und Produktion tierischer Lebensmittel sowie die pflanzliche Ernährung in den Mittelpunkt zu stellen. Das beinhaltet auch, dass die europäische Agrarpolitik sozialer werden muss. Landwirt*innen, Fischer*innen und Verbraucher*innen muss ein gerechter Übergang ermöglicht werden. Der Ökolandbau nimmt bei der notwendigen Transformation eine Schlüsselrolle ein und muss daher entsprechend der politischen Ziele verstärkt ausgebaut werden. Darüber hinaus ist die EU-Notfallverordnung für Erneuerbare Energien auf Flächen außerhalb der Natura-2000-Gebiete zu begrenzen.
- Ein verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen soll sich finanziell lohnen, Verschwendung und Verschmutzung müssen hingegen etwas kosten. Daher muss das **Verursacherprinzip** überall und konsequent durchgesetzt werden. Dazu sollte die Besteuerung von Verschmutzung und Ressourcenverbrauch eingeführt und umwelt- und klimaschädliche Subventionen abgeschafft werden. Die so freiwerdenden Finanzmittel sollten insbesondere für die soziale Abfederung der Transformation genutzt werden.
- Das **Vorsorgeprinzip** ist eines der europäischen Grundprinzipien der Umweltpolitik und muss weiterhin im Mittelpunkt stehen. Statt auf vermeintliche Versprechen von technologischen Lösungen der Zukunft zu wetten und dabei negative Auswirkungen auf unsere Ökosysteme zu riskieren, muss europäische Umwelt- und Klimapolitik vorausschauend und vorbeugend

ausgestaltet sein. So darf bspw. das Ziel der Klimaneutralität nicht auf unerprobten und unkalkulierbaren Technologien zur Kohlenstoffentnahme basieren. Dazu gehört ebenso, dass neue gentechnische Verfahren weiterhin streng reguliert und nicht unkontrolliert auf Märkte und Ökosysteme losgelassen werden.

- Unendliches Wachstum ist in einer begrenzten Welt nicht möglich. Wir leben ressourcentechnisch „auf Pump“ und gefährden potenziell das Leben Dritter überall dort, wo Ressourcen für die EU erschlossen werden. Daher sind massive **Einsparungsbemühungen und ein Fokus auf Effizienz und Kreislaufwirtschaft** die Grundbedingung für echte Innovation. Ebenso ist eine Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) hin zu anderen Fortschrittsindikatoren, die sich viel stärker an ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit orientieren, ein zentraler erster Schritt.
- **Soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und globale Gerechtigkeit** sind ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen und resilienten Demokratie und der Schlüssel für eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation. Durch die Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung marginalisierter Gruppen kann soziale Ungleichheit und Umweltverschmutzung reduziert und gesellschaftliche Teilhabe erhöht werden. Hierfür sollten alle Maßnahmen zur Reduzierung der Klima-, Biodiversitäts- und Verschmutzungskrisen auf die spezifische Situation von Frauen und allen aufgrund ihres Geschlechts diskriminierten Menschen in Europa geprüft werden. Aus der historischen Verantwortung Europas heraus muss die EU-Politik zudem globale Gerechtigkeit viel gezielter mitdenken.

Die Wahl des Europäischen Parlaments Anfang Juni 2024 und die Neubesetzung der EU-Kommission bieten eine entscheidende Weichenstellung, damit sich die Europäische Union für eine wahrhaft sozial-ökologische und gerechte Transformation Europas innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen einsetzt. Gerade im wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen EU-Mitgliedstaat Deutschland braucht es eine engagierte Zivilgesellschaft. Wir als DNR mit unseren 99 Mitgliedsorganisationen mit über 11 Millionen Einzelmitgliedern setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Menschen bei der Europawahl 2024 von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Wir stehen ein für eine demokratische, nachhaltige und gerechte Europäische Union. Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass Europa zum Motor einer zukunftsfähigen Welt wird!

Verabschiedet von der DNR-Mitgliederversammlung am 22.09.2023